



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

17. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-
Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
hier: Einzelplan 10
Vorlage 17/1115
Vorlage 17/1260

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

2 Gewässerschutz voranbringen – Mikroplastik reduzieren! 9

Antrag
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2389

Ausschussprotokoll 17/354

Die Beratung wird verschoben.

**3 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und
Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen –
Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit 10**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2394

und

Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1274

Die Beratung über den Gesetzentwurf der AfD entfällt. Der
Ausschuss diskutiert kontrovers über den Bericht zum
Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

10

**4 Entwurf einer Verordnung zum Erlass und zur Änderung von
Zuständigkeitsverordnungen im Bereich des Ministeriums für Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz 14**

Vorlage 17/1197
Drucksache 17/3853

Der **Ausschuss** wird angehört.

- 5 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz 17**
- Vorlage 17/1215
Drucksache 17/3884
- Der **Ausschuss** wird angehört.
- 6 Daten und Fakten zu den Auswirkungen des Klimawandels in Nordrhein-Westfalen 18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1273
- Diskussion. 18
- 7 Ferkelimporte aus Dänemark 23**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1259
- Diskussion. 23
- 8 Hitzeschäden und Borkenkäferbefall im Wald 26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1248
- Diskussion. 26
- 9 Praxis der Bedarfsberechnung und Ausweisung von Wohngebieten und Gewerbe- und Industriebereichen in ausgewählten Kreisen in der NRW 32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1258
- Diskussion. 32

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
17. Sitzung (öffentlich)

31.10.2018
sd-ro

10 Verwertung oder Beseitigung von Ölpellets 35

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1284

– Diskussion. 35

11 Beschlussfassung über die Delegationsreise zur Grünen Woche. 41

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, vom 17.01. bis 19.01.2019 eine Delegationsreise des Ausschusses nach Berlin zur Grünen Woche vorzunehmen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
hier: Einzelplan 10
Vorlage 17/1115
Vorlage 17/1260

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Vorsitzende Dr. Patricia Peill verweist auf den Einführungsbericht der Ministerin, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/1260 vorliege. Am 12. November werde der Ausschuss abschließend über den Haushalt beraten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz) trägt vor:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben den schriftlichen Bericht vorliegen. Deshalb sehe ich davon ab, ihn zu zitieren, und schlage vor, dass wir über das sprechen, was jetzt noch neu im Rahmen des Kabinetts, im Rahmen der Ergänzungsvorlage dazugekommen ist. Die bisherigen Schwerpunkte haben Sie gesehen: Haushalt knapp über 1 Milliarde Euro, hauptsächlich gebunden mit Transferausgaben, das heißt Förderzusagen und Ähnlichem, die verschiedenen Programme, die wir haben. Beim Personal eine zusätzliche Stelle im Ministerium, 13 Befristungen beim LANUV konnten wir umwandeln in unbefristete Stellen. Neu sind jetzt Themen in der Ergänzungsvorlage, die gestern im Kabinett beschlossen worden ist.

Da ist zuallererst ein Thema, das uns den gesamten Sommer schon beschäftigt hat, nämlich die Dürrehilfen, die wir auch für das nächste Jahr im Haushalt festschreiben müssen. Sie wissen, dass es hier eine hälftige Finanzierung durch den Bund gibt. Wir haben im Haushalt für unsere Seite 8,9 Millionen Euro angemeldet. Der Bund wird uns dann auch noch einmal 8,9 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ich kann kurz in Klammern dazu sagen, weil es jetzt nicht auf der Tagesordnung steht: Wir haben zurzeit etwas über 500 Interessensbekundungen von landwirtschaftlichen Betrieben an den Dürrehilfen. Wir werden in der nächsten Woche im Kabinett noch einmal eine Runde zu den Förderrichtlinien drehen müssen. Ich hoffe, dass am Tag danach – wahrscheinlich geht das gleich los – die Anträge bei der Landwirtschaftskammer abgerufen werden können, einmal hier 8,9 Millionen Euro Dürrehilfen, die zusätzlich in den Haushalt gekommen sind.

Als zweites Thema, das uns quasi über Belgien ereilt hat, ist die Afrikanische Schweinepest zu nennen. Hier hatten wir 935.000 Euro im ursprünglichen Haushalt

eingepplant, aber wir haben natürlich anhand dessen, dass wir in Sorge sind, dass die Afrikanische Schweinepest zu uns kommen könnte, sehr ausreichend Vorsorge im Haushalt getroffen. Da bin ich dem Finanzminister auch sehr dankbar für das unkomplizierte Miteinander in der Frage. Wir haben zusätzliche Stellen bei uns im Ministerium und beim LANUV im Wert von etwa 470.000 Euro bekommen. Wir haben im Fall eines Ausbruchs der ASP noch einmal zwei Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 Millionen Euro bekommen. Insgesamt beläuft sich der neue Ansatz jetzt auf 6,4 Millionen Euro. Wir hatten vorher schon jeweils 1 Million Euro für die Jahre bis 2023 in den Haushalt hineingenommen. Außerdem sind noch einmal Verpflichtungsermächtigungen für die Trichinengebühr beispielsweise bei den Wildschweinen von 600.000 Euro in den Haushalt gekommen.

Ein weiteres Thema, bei dem es eine Erhöhung gegeben hat, ist die Förderung der ländlichen Entwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Hier hat es zusätzliche Mittel von 4,6 Millionen Euro gegeben, also sind wir da jetzt insgesamt bei 7,6 Millionen Euro. Das sind die drei Schwerpunkte: Dürre-hilfen, Afrikanische Schweinepest und Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, die noch einmal neu reingekommen sind. Das ist auch für unseren Haushalt ein recht großes Volumen, das wir für diese wichtigen Themen noch einmal zur Verfügung gestellt bekommen haben. Dabei würde ich es jetzt belassen. Der Rest steht im Bericht. Für Fragen sind wir hier auch vollends gerüstet.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, in der Obleuterunde habe man besprochen, dass die Ministerin jetzt Fragen mitnehmen werde. Die Diskussion solle am 12.11. zum Haushalt geführt werden.

Was die ASP angehe, so sei in der Obleuterunde besprochen worden, dass im Ausschuss am 5. Dezember eine Expertenrunde zu ASP stattfinden sollte.

Norwich Rüße (GRÜNE) kommt auf die Hilfen für den Obstbau zu sprechen. Im letzten Jahr habe der Ansatz 3 Millionen Euro betragen, der Ansatz sei um 1 Million heruntergegangen auf 2 Millionen Euro. Damals sei das eine akute Hilfe gewesen. Er erinnere an die Blütenschäden. Er frage, warum der Ansatz bei 2 Millionen liege. Es sei ein einmaliges Ereignis damals gewesen. Er bitte das zu erklären.

Bei der Jagdabgabe stünden die Einnahmen, berechnet nach den derzeit gültigen Sätzen. Das werde sich ja verändern. Er wüsste gerne, welche Mindereinnahmen man da zu erwarten habe.

Ein Punkt im Bereich Naturschutz: Da gebe es eine Mittelkürzung um eine drei viertel Million Euro. Die Biostation werde um 450.000 Euro gekürzt. Er wüsste gerne, warum diese Kürzung erfolge, ob das nicht verausgabte Mittel seien, also eine Anpassung erfolge, dass also der Bedarf nicht gegeben sei.

Die Ministerin habe die Erhöhung der Mittel GAK angesprochen. Das sei eine beträchtliche Summe. Das begrüße er erst einmal. Er wüsste gerne, welchen Hintergrund das

habe, wofür diese Mehreinnahme konkret sei, oder ob das eine allgemeine Erhöhung für den Gesamtbereich sei.

Für die Wildschweinebejagung stünden 2 Millionen Euro im Haushalt. Er hätte gerne gewusst, ob die Position in diesem Jahr ausgegeben worden sei, ob es gerechtfertigt sei, dass man das im nächsten Jahr wieder so einstelle.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erklärt, sie nehme die Frage zur GAK mit. Da sei es so, dass der Bund mehr Mittel zur Verfügung gestellt habe und das Land das nicht verstreichen lassen wolle und deshalb die Komplementärmittel eingestellt habe. Herr Kaschny könne jetzt all die anderen Fragen beantworten.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das kann auch schriftlich geschehen.)

– Dann werde das schriftlich erfolgen.

